



Die Antworten der Parteien auf die Forderungen der GEW:

## Bedarfsgerechte Personal- und Sachmittelausstattung der Schulen



- **Anhebung des jährlichen Personalhaushaltes der Schulen in der Stadtgemeinde Bremen um mindestens 20 Mio. Euro und eine entsprechende Erhöhung der Personalmittelzuweisung für die Stadtgemeinde Bremerhaven. Diese Mittel müssen vor allem eingesetzt werden, um die notwendigen Standards für die Inklusion einzuhalten.**
- **Ausbau der Schulsozialarbeit.**

### SPD

Auch in der auslaufenden Legislaturperiode haben wir erhebliche zusätzliche Mittel für den Bildungsbereich aufgebracht: Unter Anderem haben wir die Unterrichtsversorgung gestärkt und die Vertretungsreserve ausgebaut, wir haben die Schulsozialarbeit, die nur übergangsweise vom Bund finanziert wurde, abgesichert und den Ausbau von Ganztagschulplätzen massiv vorangetrieben. Die SPD setzt sich für eine ausreichende Finanzierung der Bildung ein. Erforderlich sind zusätzliche Mittel zur Absicherung der Inklusion und der Sprachförderung, für einen weiteren Ausbau des Ganztagschulprogramms, für den Umbau und die Sanierung von Schulgebäuden, für die Erneuerung der Ausstat-

tung in den beruflichen Schulen sowie für die Flüchtlingsbeschulung. Weiterhin von zentraler Bedeutung sind die Absicherung der Unterrichtsversorgung und eine ausreichende Vertretungsreserve in den Schulen. Dies wird für alle Schulen im Land Bremen nach einheitlichen und transparenten Kriterien erfolgen, die den tatsächlichen Bedarf in den Schulen absichern.

Wir werden die neu entstandenen finanziellen Spielräume durch die Übernahme der BAföG-Anteile der Länder durch den Bund komplett für die Bereiche Bildung und Wissenschaft einsetzen. Angesichts der Schuldenbremse gilt jedoch: Die finanziellen Möglichkeiten Bremens sind und bleiben begrenzt. Da Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, treten wir weiterhin für die Abschaffung des Kooperationsverbots auch im Bildungsbereich ein.

### Grüne

• Rot-Grün hat in der letzten Legislatur trotz Haushaltsnotlage den Schwerpunkt auf die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Soziales gelegt. In den Haushalten 2014/15 wurden je 8,5 Mio. Euro mehr für Lehrerversorgung zur Verfügung gestellt, aus denen die VertretungslehrerInnen auf 55 Stellen verstärkt wurden und zudem 196 Lehrerstellen zusätzlich geschaffen worden sind. Hinzu kommen aus den BAföG-Mitteln weitere 6,89 Mio. jährlich für den Schulbereich, die unter anderem für Sprachförderung und die qualitative Verbesserung der Inklusion verwandt werden sollen. Außerdem stehen nun über die 55 VertretungslehrerInnen hinaus ab dem 1.1.2015 weitere 1,7 Mio. Euro für die sogenannte Vertretungsreserve zur Verfügung. Und aus den BAföG-Mitteln werden 1,78 Mio. nach Bremerhaven für die Schulen mobilisiert. Im Übrigen ist auch klar: Mehr Geld allein bedeutet nicht automatisch mehr Qualität; wichtig ist, was in den Klassenzimmern stattfindet.

Neben den Anstrengungen, die Bremen unternimmt, die Schulsozialarbeit insbesondere im Rahmen des Ausbaus von Ganztagschulen auszubauen, steht aus grüner Sicht der Bund in der Verantwortung. Der Bund muss für gerechte Bildung

Geld zur Verfügung stellen, unter anderem deshalb fordern wir die vollständige Abschaffung des Kooperationsverbotes.

• Trotz der Haushaltsnotlage hat Rot-Grün 55 Stellen aus dem Bundesprogramm zur Schulsozialarbeit aus eigenen Mitteln sichergestellt. Hiervon entfallen 10 auf Bremerhaven.

### CDU

Bei Betrachtung der Bremer Bildungslandschaft wird deutlich, dass der gesamte Bereich strukturell unterfinanziert ist. Dies zeigt sich einerseits an Umfang und Qualität der Ausstattung der Bildungseinrichtungen im Bundesland Bremen und andererseits am Zustand der dazugehörigen Infrastruktur. Die CDU will dies nicht länger hinnehmen und fordert daher, die finanzielle, personelle und infrastrukturelle Ausstattung der Schulen in Bremen mindestens an den bundesdeutschen Durchschnitt anzugleichen.

In diesem Zusammenhang ist auch der Unterrichtsausfall zu nennen, der ein unmittelbar sichtbares Zeichen der zu geringen Personaldecke im Bereich Bildung ist. Um besonders diesem Ärgernis nun endlich entgegenwirken zu können, fordert die CDU, die sofortige Neueinstellung von 100 Lehrkräften, die anteilig auf die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zu verteilen sind. Der hierfür nötige finanzielle Spielraum wird durch eine Bußgeldzahlung eines ortsansässigen Industrieunternehmens in Höhe von 40 Mio. Euro eröffnet.

### Linke

Die notwendige Aufstockung des Sach- und Personalhaushaltes des Bildungsressorts, bzw. der Schulen in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven stellen wir nicht in Frage. Bremens Ausstattung im Bildungsbereich liegt seit Jahren unter dem Niveau der Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Die Aufgaben in Städten sind vielfältig und in Bremen stehen wir vor besonderen Herausforderungen, weil die Risikofaktoren Armut, Erwerbslosigkeit und Migrationshintergrund im Land Bremen besonders ausgeprägt sind. Bremen ist inzwischen das Bundesland mit der höchsten Armuts- und Armutsgefährdungsquote. Will man Bil-

dungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppeln, brauchen wir eine deutlich bessere personelle Ausstattung an den Schulen und eine besondere Ausstattung in den von Armut am stärksten betroffenen Quartieren. Hinzu kommt, dass die Schulreform von 2009 sowie die Inklusion in Bremen von vornherein nicht ausfinanziert war. Die Annahme, dass die zusätzlichen Personalkosten durch die vermeintliche demographische Rendite aufgefangen werden könnten, hat sich schnell als haltlos herausgestellt. Dies war einer der Gründe, weshalb die LINKE dem Bildungskonsens nicht beigetreten ist.

Wir sind allerdings der Auffassung, dass die Aufstockung des Bildungsetats um 20 Millionen Euro nicht ausreicht, um Unterrichtsversorgung und Unterrichtsqualität in beiden Stadtgemeinden zu sichern. In den letzten Haushaltsberatungen hatten wir deshalb aufgeschlüsselte Änderungsanträge in Höhe von zusätzlich ca. 26,5 Millionen Euro jährlich gestellt. Dies umfasst auch den Ausbau der Schulsozialarbeit.

#### **Die GEW fordert sofortige Schritte zu »Einer Schule für Alle« ab 2018.**

##### **SPD**

Die SPD steht zum »Bremer Konsens zur Schulentwicklung«, der bis 2018 festgeschrieben ist und bundesweit Anerkennung gefunden hat. Der Bildungskonsens hat in diesem Land einen Schulfrieden bewirkt und den Schulen so die verlässlichen Rahmenbedingungen gegeben, die sie brauchen, um Schule und Unterricht qualitativ weiterzuentwickeln und für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Die Einführung eines längeren gemeinsamen Lernens in heterogenen Gruppen und der Inklusion stellt die Schulen vor große Herausforderungen. Sie brauchen für die Umsetzung der Schulreform auch weiterhin Kontinuität. Die Schulreform – auch dies wurde im Bildungskonsens vereinbart – wird von 2016 bis 2018 von externen Fachleuten evaluiert werden.

##### **Grüne**

Bremen hat sich bereits auf den Weg zu einer Schule für alle gemacht. Hier sind wir bundesweit federführend.

Auch wenn nicht immer alles rund läuft, sind wir grundsätzlich auf einem guten Weg. Uns Grünen ist es wichtig, dass dieser Weg auch in der nächsten Legislatur konsequent weitergegangen wird. Entscheidend sind hierbei die Verhandlungen mit den anderen Parteien über eine Fortsetzung des Bremer Schulkonsenses, in dem auch die Frage des Fortbestandes des zweigliedrigen Schulsystems entschieden werden muss.

##### **CDU**

Aus Sicht der CDU Bremen hat der Bildungskonsens unserer Schullandschaft in Bremen gut getan und sich das Zwei-Säulen-Modell, bestehend aus Oberschule und Gymnasium, grundsätzlich bewährt. Den Forderungen nach einer »Einheitsschule«, »Basisschule« oder »Schule für alle« von Klasse 1 bis 10, stehen wir daher kritisch gegenüber. Wer die »Schule für alle« fordert, muss auch sagen, dass dies die Abschaffung des Gymnasiums bedeutet. Die CDU lehnt eine Reduzierung des Gymnasiums auf eine »gymnasiale Bildung in der Oberstufe« ab und tritt für den Erhalt des durchgängigen Gymnasiums ein. Wir streben auf Grundlage der gemachten Erfahrungen mit der derzeit bestehenden Schulstruktur die Fortführung des Bildungskonsenses an. Ohne die Ergebnisse einer grundlegenden und transparenten Evaluation der gegenwärtigen Schulstruktur, kann aus unserer Sicht aber per se keine zielführende Diskussion erfolgen. Diesen Prozess gilt es nun zeitnah und umfassend, unter Einbeziehung externen Sachverständigen und im Austausch mit allen relevanten Akteuren, vorzubereiten. Hierbei muss der Fokus u.a. auf den Erfahrungen mit dem Abitur nach Jahrgangsstufe 12 (Gy8), der Umsetzung der Inklusion, den Übergängen im Bildungsbereich sowie auf der beruflichen Bildung liegen. Auch die schulische Ausstattung gehört nach unserer Auffassung, insbesondere auch vor dem Hintergrund sich verändernder und erweiterter Herausforderungen, auf den Prüfstand. Eine Gesellschaft, die wie unsere der Auffassung ist, dass Schule z.B. im Bereich der Integration oder der sozialen Interaktion zusätzliche Aufgaben wahrnehmen soll, muss diese dann auch personell, finanziell und

infrastrukturell darauf vorbereiten wollen. Die CDU Bremen ist bereit, sich hierbei aktiv einzubringen.

##### **Linke**

Unser Ziel ist nach wie vor die Gemeinschaftsschule als alleinige Schulform. Das gemeinsame Lernen bis zur 10. Klasse für alle ist die demokratische und bildungspolitisch fortschrittliche Form, wie sie in fast allen anderen europäischen Ländern praktiziert wird.

Der Erhalt der durchgängigen Gymnasien war von vornherein eine Konkurrenz zur Oberschule. Die Zweigliedrigkeit gehört daher nach wie vor auf den Prüfstand und perspektivisch in die Mottenkiste der Geschichte.

#### **Korrektur schulpolitischer Fehlentscheidungen, u.a.**

- **Wiederzulassung von Oberstufenzentren im Schulgesetz. Bis dahin sind in der Stadtgemeinde Bremen Oberstufen-Verbünde zu schaffen, denen alle Oberschulen im Stadtteil gleichberechtigt zugeordnet sind.**
- **Priorität des Wohnortes bei der Aufnahme in die Oberschule.**
- **Grundschulen sollen vorrangig zu gebundenen Ganztagschulen ausgebaut werden.**

##### **SPD**

• Wir sehen das Problem zu kleinteiliger Angebote in den Oberschulen und dadurch verringerter Wahlmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern. Wir wollen die Wahlmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler verbessern, indem wir künftig mehr auf Kooperationen setzen: In den Regionen sollen sich die Angebote der einzelnen Schulen ergänzen, um so ein möglichst umfassendes Profilangebot zu schaffen und so zu erreichen, dass noch mehr junge Menschen ihre ganz unterschiedlichen Stärken nutzen können, um einen Hochschulzugang zu erwerben oder eine Berufsausbildung zu beginnen.

• Bei der Aufnahme in die Oberschule haben Schülerinnen und Schüler der zugeordneten Grundschulen künftig Priorität, indem sie auch innerhalb des Drittels, das an Oberschulen vorab nach dem Leistungs-

kriterium aufgenommen wird, vorrangig berücksichtigt werden. Eine entsprechende Novelle des Schulverwaltungsgesetzes ist in Arbeit und wird noch in der laufenden Legislaturperiode verabschiedet.

- Die SPD hat in den letzten Jahren verstärkt auf den Ausbau von Ganztagschulen gesetzt, da Ganztagschulen aus unserer Sicht nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, sondern auch die Bildungschancen erhöhen. Gebundene Ganztagschulen sind aus unserer Sicht das beste Mittel, um eine Entkopplung von sozialer Herkunft und Schulerfolg zu erreichen. Um der steigenden Nachfrage nach mehr nachmittäglichen Betreuungs- und Bildungsangeboten nachzukommen und gleichzeitig den Wünschen von Eltern Rechnung zu tragen, die für ihre Kinder keine gebundene Ganztagschulen wollen, haben wir neben gebundenen Ganztagschulen und Horten zum Schuljahr 2012/2013 auch offene Ganztagsgrundschulen eingeführt. Für die kommende Legislaturperiode strebt die SPD den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen im Grundschulbereich an.

**Grüne**

- Zu kleine Oberstufen sind kein Garant für Qualität und schaffen häufig nicht ausreichend Wahlmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler. Wir haben uns immer für eine ausreichende Mindestgröße eingesetzt und werden dabei auch bleiben. Die Frage der Verankerung von Oberstufenzentren im Schulgesetz wird sicher im Rahmen der Verhandlungen um den Schulkonsens eine Rolle spielen, wo wir unsere oben skizzierte Haltung vertreten werden.
- Wichtiger als die Priorität des Wohnortes bei der Aufnahme in eine Oberschule ist aus unserer Sicht, dass es eine Vielfalt an Angeboten an den Schulen und unterschiedlichste Wege gibt, bestimmte Ziele wie berufliche Abschlüsse oder das Abitur zu erreichen. Deshalb werden wir uns für diese Forderung nicht einsetzen.
- Absolut richtig, deshalb haben wir auch durchgesetzt, dass das Ganztagschulprogramm in den Jahren 2014/15 forciert wurde – gerade auch im Hinblick auf den Ausbau von gebundenen Ganztagschulen. Insgesamt hat Rot-Grün von 2011-15 13

neue Ganztagsgrundschulen eingerichtet. Allerdings sind hierbei die zum Teil erheblich höheren Investitionskosten zu bedenken, und an manchen Stellen gibt es wegen der räumlichen Bedingungen Probleme, gebundene Ganztagschulen zu gründen. Auch vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen sollte aber ebenfalls bedacht werden, dass es durch den Ausbau der Ganztagschulen durch Rot-Grün in allen Stadtteilen in Bremen und Bremerhaven Ganztagschulen gibt, sowohl im Bereich der Grundschulen, als auch bei den Sek-I-Schulen. Im Übrigen verfolgen wir das Ziel, dass sich Schulen (Halbtagschulen oder offene Ganztagschulen) mittelfristig in gebundene Ganztagschulen umwandeln. In den kommenden Jahren wollen wir die Ganztagsgrundschule in Bremen als Regelangebot etablieren, Halbtagsangebote sollen die Ausnahme werden.

**CDU**

- Eine Aufnahme an Oberschulen allein nach dem Wohnortprinzip lehnen wir ab. Die CDU Bremen tritt grundsätzlich für das Elternwahlrecht und die freie Anwählbarkeit der weiterführenden Schulformen ein. Wir sind hierbei aber offen für eine Evaluation und eine daraus hervorgehende Weiterentwicklung der Oberstufenstruktur. Wir stehen zu den Grundlagen des Bildungskonsenses und werden daher keine kurzfristigen Änderungen an der bestehenden Schulstruktur befürworten. Strukturdebatten stehen für uns generell nicht im Vordergrund der Bildungspolitik. Hier bedarf es viel eher Antworten auf drängende Qualitäts- und Gerechtigkeitsfragen.
- Im Grundsatz befürworten wir die Bestrebungen, Grundschulen in Ganztagschulen umzuwandeln, tragen diese doch den veränderten Aufgaben von Schulen Rechnung, etwa die Integration sowie die Unterstützung von Kindern aus bildungsfernen Familien und schwierigen sozialen Lagen. Der steigende Bedarf nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein weiteres Argument, um den Ausbau voranzutreiben. Innerhalb dieses Prozess gilt es aus unserer Sicht aber immer auch die Bedarfe vor Ort und die jeweiligen Elternwünsche abzuwägen. In

diesen Zusammenhang ist wichtig, diesen Bereich schneller als bisher erkennbar mit den Strukturen der frühkindlichen Bildung zu verzahnen und insbesondere auch Grundschulen noch stärker quartiersbezogen zu entwickeln und einzubinden.

**Linke**

- Die Wahlmöglichkeiten der gymnasialen Oberstufe sind eine wichtige Möglichkeit, den eigenen Schulerfolg zu verbessern. Dafür muss man aber auch wählen können bzw. die Kurse besuchen können, die man gewählt hat. Jede Oberschule mit einer eigenen Oberstufe auszustatten, ist daher der falsche Weg. Gemeinsame Oberschulzentren für mehrere Oberschulen im Stadtteil ermöglichen mehr Freiheit bei der Kurswahl.
- Wohnortnahe Beschulung halten wir auch in der Oberschule für sinnvoll. Allerdings legen wir auch Wert auf eine größere Heterogenität an den Schulen. Solange die Konkurrenz der Innenstadtgymnasien Bestand hat, setzen wir daher auf eine deutlich bessere Ausstattung und kleinere Lerngruppen in ärmeren Stadtteilen oder Schulen in besonderen sozialen Lagen.
- Der Ausbau der Ganztagschulen muss vorangetrieben werden, aber vor allem auch qualitativ. Ganztagschulen dürfen nicht nur traditionelle Vormittagsschulen mit nachmittags angehängtem Nachhilfe- und Freizeitbetrieb sein. Eine moderne Ganztagschule ist eine, die Unterricht, Förderung, Freizeit, Rückzugsmöglichkeiten und andere Angebote über den gesamten Schultag verteilt (»rhythmisiert«). Der flächendeckende Ausbau sollte mit den Grundschulen beginnen.

**Demokratische Beteiligung an den Schulen**

---

- **Erweiterung der Mitbestimmungsrechte aller Beschäftigten, der Eltern und SchülerInnen. Schulgremien müssen bei der Bestellung von Personen für die Schulleitung wieder ein Votum erhalten.**

**SPD**

Wir wünschen uns ein stärkeres Engagement der Schülerinnen- und Schüler- sowie der Elternvertretungen.

### Grüne

Schulleitungen und -konferenzen sollten selbst entscheiden können, welches Personal zu ihnen passt oder nach welchem Konzept der Unterricht gestaltet wird. Die Einzelschulen sollen selbstständig über ein Budget verfügen, um schnell und effizient bei Unterrichtsausfall reagieren zu können, wie es bereits in Beruflichen Schulen erfolgreich praktiziert wird. Diesen Prozess wollen wir gemeinsam mit den Schulen gestalten.

### CDU

Die CDU hält die in Bremen vorhandenen Möglichkeiten der Teilhabe und Mitbestimmung an Schulen über Schüler-, Eltern- und Lehrervertretungen und an den Hochschulen über die Fachbereichsräte und die Akademischen Senate sowie über die entsprechenden Personalräte, Frauen- und Behindertenbeauftragten für ausreichend und sieht daher in dieser Frage keinen politischen Handlungsbedarf.

### Linke

Die Forderungen der GEW teilen wir. Darüber hinaus sollen SchülerInnen dazu ermutigt werden, sich selbst einzubringen und Schule als Lebens- und Lernraum aktiv mit zu gestalten.

### Verbesserung der

#### Lehrerinnenausbildung

- **Reduzierung des bedarfsdeckenden Unterrichts der Referendarinnen und Referendare und höhere und festgeschriebene Entlastung der Mentorinnen und Mentoren.**
- **Einrichtung des Faches Inklusive Pädagogik für alle Schulstufen an der Uni Bremen**

### SPD

Wir wollen die Grundlagen für die Umsetzung der Inklusion schon im Lehramtsstudium fest verankern: Durch entsprechende Lehrinhalte sollen Lehramtsstudierende befähigt werden, an allen Schulformen inklusiv zu arbeiten. Inklusion, Deutsch als Zweitsprache, Interkulturalität sowie der Umgang mit Heterogenität sollen daher als verbindliche Ausbildungsbestandteile in allen Lehramtsstudiengängen umgesetzt werden. Außerdem soll innerhalb der sonder-

pädagogischen Lehramtsausbildung auch das Studium eines Unterrichtsfaches für das Lehramt Gymnasien und Oberschulen verbindlich sein.

### Grüne

Mit der neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lehramter wird festgelegt, dass ReferendarInnen die Möglichkeit haben, selbst verantworteten Unterricht im Umfang von bis zu sechs Unterrichtsstunden pro Woche durchzuführen. Eine Entscheidung darüber treffen die Schule und das LIS gemeinsam mit der/dem ReferendarIn. Außerdem wird die Eingangsphase in den Vorbereitungsdienst auf ein halbes Jahr verlängert. An Möglichkeiten einer Entlastung der MentorInnen wird derzeit gearbeitet.

### CDU

- Die Ausbildung angehender Lehrkräfte hat zum Ziel, diese so umfassend und gut wie möglich auf die bevorstehende Lehrtätigkeit vorzubereiten. Die schulische Wirklichkeit und das damit verbundene Halten von Unterricht vor realen Klassenverbänden sind aus unserer Sicht durch nichts zu ersetzen. Entscheidend ist hierbei aber unbedingt der Ausbildungsgedanke, nicht der kurzfristig eintretende Bedarf an Vertretungsunterricht. Angehende Lehrerinnen und Lehrer brauchen eine enge individuelle Betreuung bei Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des Unterrichts. Bei Wahrung dieser Grundsätze, sehen wir aktuell keinen unmittelbaren Handlungsbedarf, um an dieser Stelle zu Veränderungen zu kommen, zumal die hier geltenden Regelungen gerade jüngst angepasst wurden.

- Nach Einführung der inklusiven Beschulung wurde schnell deutlich, dass eine Vielzahl der Lehrkräfte der neuen Aufgabenbreite nicht ausreichend vorbereitet entgegentrat. Vielfach hat nur besonderes Engagement der Lehrerinnen und Lehrer die mangelhafte Vorbereitung der inklusiven Beschulung ansatzweise auffangen können. An dieser Stelle erkennen wir nach wie vor noch Verbesserungspotential. Wir wünschen uns daher, der inklusiven Beschulung innerhalb der Lehreraus- und -weiterbildung einen größeren Stellenwert beizumessen. Alleine mit universitären Weiterqualifizierungs-

möglichkeiten, die neben dem ohnehin schon fordernden Berufsalltag zu bewältigen sind, wird man der Bedeutung und Komplexität der inklusiven Beschulung auf lange Sicht nicht ausreichend gerecht. Von daher lässt sich durchaus ein Bedarf für einen universitären Ausbildungsgang inklusive Pädagogik erkennen. Im Zuge der nötigen Fortschreibung der mittel- und langfristigen Wissenschaftsplanung im Land Bremen, sind Überlegungen, welche in diese Richtung gehen, demnach durchaus prüfenswert. Die auf diesem Feld bereits bestehende Kooperation mit der Universität Oldenburg wird auf kürzere Sicht die erkannten Bedarfe des Landes Bremen abfedern müssen. Möglicherweise wird man die Zusammenarbeit auf diesem Feld zum gegenseitigen Nutzen aber auch für die Zukunft weiter verstetigen können.

### Linke

Es war richtig, die Referendarsausbildung auf 530 Plätze aufzustocken – und falsch, sie aus Budgetgründen wieder auf 450 zu senken. Zu Beginn des Referendariats sollte bedarfsdeckender Unterricht durch ReferendarInnen möglichst nicht erteilt werden, insgesamt streben wir eine Reduzierung an. Kooperation mit der Hochschullandschaft vor Ort ist wichtig. Lehramtsstudierende mit Migrationshintergrund und mit unterschiedlichen sozialem Hintergrund müssen gezielter geworben werden. In der Lehramtsausbildung müssen die Praxisanteile deutlich ausgeweitet werden. Inklusive Pädagogik muss eine Querschnittsausbildung werden, und darf nicht mehr ausschließlich als gesondertes Modul gelehrt werden. Dennoch muss es auch den Studiengang inklusive Pädagogik für alle Schulstufen und Schulformen an der Universität geben.